

Fraktionsantrag:

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen: 27.11.2019
Hauptausschuss: 04.12.2019
Rat: 11.12.2019

Beratungsgegenstand

Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Extremismus

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen, der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird gebeten, Voraussetzungen dafür zu schaffen, Fördermittel bei Bund, Land und Stiftungen beantragen zu können, mit deren Hilfe das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt gestärkt, Initiativen und Gruppen vernetzt, Aktivitäten gebündelt und ihnen eine größere Resonanz in der Öffentlichkeit verschafft werden können. Dabei ist sicherzustellen, dass gegebenenfalls anfallende Eigenanteile aus den bestehenden Ressourcen des Haushaltes gedeckt werden.

Begründung:

Der Oberbürgermeister hat im Namen des Verwaltungsvorstands im Zusammenhang mit dem Interessebekundungsverfahren zum Programm „Demokratie leben“ erklärt, dass die Stadt nicht über die erforderlichen Ressourcen verfügt, um ein solches Interessebekundungsverfahren vorzubereiten.

Mit Blick auf die vielfältigen gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie müssen jedoch ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken. Dazu bieten die verschiedensten Förderprogramme materielle und inhaltliche Unterstützung an, die so von der Stadt allein nicht gegeben werden kann.

Mönchengladbach, den 12.11.2019

gez.
Dr. Hans Peter Schlegelmilch
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez.
Felix Heinrichs
SPD-Fraktionsvorsitzender

Im Auftrag
Thomas Fegers
SPD-Fraktionsgeschäftsführer